

SPD ohne Arbeiter

Norbert Seitz

Geboren in Wiesbaden,
promovierter Politik-
wissenschaftler, freier
Hörfunkjournalist beim
„Deutschlandfunk“.

Was von der Fortschrittspartei bleibt

Dass der Sozialdemokratie die Arbeiter abhandenkommen, ist ein demoskopischer Ladenhüter. Die Konsequenzen sind jedoch mittlerweile fatal. Denn mit 38 Prozent der Wählerstimmen errang die AfD unter den Arbeitnehmern bei der Bundestagswahl im Februar 2025 mit klarem Vorsprung den ersten Platz. Sie brüstet sich seitdem damit, derzeit *die* Arbeiterpartei

in Deutschland zu sein, denn immerhin konnte sie in dieser Schicht 17 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 2021 zulegen. Beinahe ebenso viele Stimmenverluste hatte dagegen die einstmals klassische Arbeiterpartei SPD zu beklagen. Mit nur noch 12 Prozent lagen die Sozialdemokraten auch hinter der Union, die bei einem leichten Zuwachs mit 22 Prozent ihren zweiten Platz in dieser Wählerschaft halten konnte.¹

Seit der Bildung der neuerlichen Großen Koalition sieht die Zustimmung im Milieu der Arbeiter und Arbeitslosen noch düsterer für die SPD aus. Nach einer Analyse des Meinungsforschungsinstitutes Forsa

vom November 2025 würden nur noch 9 Prozent von ihnen die Sozialdemokraten wählen.² Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg votierten gerade mal 4 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter für die Sozialdemokratie. Und in Rheinland-Pfalz taten 71 Prozent der Befragten einer ARD-infratest dimap-Umfrage kund, die SPD stehe „nicht mehr eindeutig aufseiten der Arbeitnehmer“. Solchen Umfragen zufolge tendiert zu den Populisten – ob zur rechten oder linken Seite des Spektrums –, wer sich persönlich benachteiligt fühlt oder eklatante Gerechtigkeitsdefizite in unserer Gesellschaft beklagt.

1 infratest dimap-Umfrage, Februar 2025.

2 Forsa, November 2025.

3 Brigitte Seebacher: *Hundert Jahre Hoffnung und ein langer Abschied*, Bonn 2023, S. 285.

4 Ebd., S. 372.

Die Integration der Arbeiter

Die Verluste der SPD im Arbeitermilieu haben eine lange Geschichte, die – soziologisch betrachtet – zunächst mit gravierenden Veränderungen in der Arbeitswelt in Zusammenhang stehen. In grauer Vorzeit existierte ein homogenes, schlagkräftig organisiertes Industrieproletariat; inzwischen gilt die sogenannte Arbeiterklasse jedoch als weitgehend „diversifiziert“. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte der langsame Aufstieg der SPD als Interessenvertretung der unterprivilegierten Fabrikarbeiter begonnen – im Kampf gegen lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, unsichere Jobs, mangelnden Arbeitsschutz und die Wohnungsnot. In den 1950er-Jahren, als die Sozialdemokraten noch weit hinter der siegreichen Union Konrad Adenauers rangierten, kamen noch 70 Prozent der SPD-Wähler aus der Arbeiterschaft. „Aber mehr als 50 Prozent der Arbeiter gaben ihre Stimme nicht der SPD“, fügt die Parteihistorikerin Brigitte Seebacher in ihrem jüngsten 700-Seiten-Werk *Hundert Jahre Hoffnung und ein langer Weg* hinzu. Das „Ballonmützenimage“, zurückgehend auf die kostengünstige Kopfbedeckung für Vorarbeiter und Arbeiter, so Seebacher, „hielt sich hartnäckig“.³

Es dauerte seit Gründung der SPD im Jahr 1863 mehr als hundert Jahre, bis Willy Brandt zu Beginn seiner Kanzlerschaft 1969 befriedigt feststellen konnte, dass „aus dieser ursprünglich abseits stehenden, jedenfalls abseits gedrängten, aus kleinen Anfängen hervorwachsenden, verfolgten, verfemten, verketzerten deutschen Arbeiterbewegung eine dieses Land prägende Kraft geworden ist.“⁴ Aus ihr war inzwischen die „Arbeitnehmerschaft“ geworden, in der die Volkspartei SPD „ihre Verankerung behalten“ habe, so Brandt, um „Ernst zu machen mit der Integration der Arbeiter“.

Zugleich wurde die Arbeitnehmerschaft aber immer noch – etwa in neomarxistisch orientierten Kreisen der aufstrebenden Jungsozialisten – als „Gegenkraft der Lohnabhängigen“ oder als „Macht der Arbeiterklasse“ ideologisch in Beschlag genommen. Ende 1970 zählte

5 Ebd., S. 388.

die SPD 820.000 Mitglieder, 1976 sogar kurzzeitig eine Million. Heute liegt die Mitgliederzahl unter 400.000. Aber bereits im goldenen Erfolgjahr 1972, in dem die SPD bei der Bundestagswahl am 19. November 45,8 Prozent erzielte, war der Arbeiteranteil unter den Mitgliedern mit rund 28 Prozent gegenüber dem Jahr des Godesberger Programms 1959 um fast die Hälfte gesunken.⁵

Der „demokratische Sozialismus“, ein Begriff, den die Parteiführung eher scheute, setzte in den 1970er-Jahren hauptsächlich auf die betriebliche Mitbestimmung, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sowie auf größere Bildungschancen für Arbeiterkinder. Dagegen standen die ebenso rätendemokratischen wie planwirtschaftlichen Vorstellungen aufseiten der Parteijugend im Vordergrund, zum Beispiel die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln oder die Investitionslenkung.

Brigitte Seebacher hat das Jahr 1973 als das „Jahr der Zäsur“ ausgemacht, in dem die Arbeiterschaft aus der Arbeiterpartei verschwunden sei, während zumeist akademisch geschulte Genossen aus dem 68er-Umfeld Einzug in die Führungsebene gehalten hätten. Dies hatte zur Folge, dass die „schweigende Mehrheit der vernünftigen Arbeiter“ (Helmut Schmidt) sich fortan in der gewerkschaftsnahen, neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) als der „letzten Bastion gegen die intellektuelle Unterwanderung der Partei“, so der ehemalige nordrhein-westfälische Arbeitsminister Friedhelm Farthmann, organisierte.

Arbeiterpartei plus Angestelltenpartei

Auf der Höhe ihres Erfolges verstand sich die Volkspartei SPD nie nur als Arbeiterpartei, sondern immer auch als Angestelltenpartei, zunehmend des öffentlichen Dienstes. Mit der Kampagne Gerhard Schröders gelang es am Ende der Ära Helmut Kohl, mit dem Wahlkampfslogan „Innovation und Gerechtigkeit“ (1998) klassische Malocher, aufstiegsorientierte Angestellte mitsamt der technischen, kommerziellen und kulturellen Intelligenz für sich zu gewinnen.

Ein großer Einbruch in der Arbeiterschaft vollzog sich jedoch mit dem Ausstieg des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine 1999, der Abspaltung der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) sowie ihres 2007 erfolgten Zusammenschlusses mit der SED-Nachfolgepartei PDS zur Partei Die Linke. Damit schien auch die strategische Verknüpfung aus „Innovation und Gerechtigkeit“ aufgebrochen worden zu sein. Die Abgehängten, vor allem die von der Einheit Frustrierten in den neuen Bundesländern, wandten sich von Schröders Agenda und Münteferings „Rente mit 67“ ab.

Das „mögliche SPD-Finale“ sei 2015 mit der Flüchtlingskrise eingeleitet worden, analysiert der Publizist und Politologe Albrecht von Lucke: „Den Einbruch des Rechts- und Nationalpopulismus in die Arbeiterschaft hat die SPD bis heute nicht verkräftet. Ihr Arbeiteranteil ist weggebrochen, im Osten, im Ruhrgebiet, auch in alten Metropolen wie Gelsenkirchen oder Kaiserslautern. Das in der alten SPD durchaus vorhandene autoritär-etatistische wie nationale Moment konnte durch die AfD aufgefangen werden.“⁶

⁶ Albrecht von Lucke im Gespräch mit dem Autor, Januar 2026.

⁷ Volker Resing im Gespräch mit dem Autor, 20.01.2026.

Die zentrale Vision der Sozialdemokratie, Arbeitern den sozialen Aufstieg zu ermöglichen, gilt heute weitgehend als Erfolgsstory. Gutverdienende Facharbeiter zählen längst zum Mittelstand der Gesellschaft. Sie werden oft besser bezahlt als Freiberufler oder Kleinunternehmer. Dem folgt in der Regel auch der Abschied aus der SPD-Stammwählerschaft. Der Selbststolz eines Facharbeiters ist geprägt von der Einstellung, sich mit mehr Leistung bessere Aufstiegschancen zu eröffnen, um nicht vom Staat versorgt werden zu müssen. „Dadurch, dass die SPD in dieser Wohlstandsentwicklung selbst einen Akademisierungsprozess durchgemacht hat, von der Arbeiterpartei zur Lehrerpartei geworden ist, wurde sie zum Opfer ihrer eigenen Erfolge. Sie verlor den Anschluss an ihre eigene, soziologisch geschrumpfte Klientel, überholte gleichsam ihre eigene Urwählerschaft“, konstatiert SPD-Experte Volker Resing, Ressortleiter „Berliner Republik“ des Magazins *Cicero*.⁷

Sozialdemokratisches Dilemma

Die Partei Die Linke entstand 2005 aus dem Protest gegen Schröders „Agenda 2010“. Diese hatte unter dem Eindruck einer ansteigenden Arbeitslosigkeit mit der Parole „Fördern und Fordern“ die Kürzung von Sozialleistungen, die Lockerung des Kündigungsschutzes und den Ausbau des Niedriglohnssektors vorgesehen. In der Folge verlor die Partei binnen eines Jahrzehnts fast die Hälfte ihrer Wählerschaft (1998: 40,9 Prozent, 2009: 23,0 Prozent). In der Großen Koalition unter Angela Merckels Mitte-Kurs büßte die SPD weitgehend ihre Profilierungschancen ein (2017: 20,5 Prozent). Nach dem Zwischenhoch am Ende der Merkel-Ära (2021: 25,7 Prozent) erfüllten sich die hohen Erwartungen nicht, mit denen die Ampelkoalition als ein Fortschrittsprojekt angetreten war.

So scheint die Lage der Partei 163 Jahre nach ihrer Gründung prekär. Ihr einstiges Markenzeichen vom „Frieden“ ist entspannungsdogmatisch abgestürzt. Auch wenn Co-Parteichef Lars Klingbeil bemüht ist, in der Sicherheitspolitik umzusteuern, gibt es immer noch genügend Genossen, die Schröders volle Taschen mit einem Entspannungssymbol zu verwechseln scheinen. Derweil werden wegen leerer Staatskassen und einer schwächelnden Wirtschaft Rufe nach einer

8 Albrecht von Lucke, a. a. O., siehe Rn. 6.

9 Erhard Eppler: Ende oder Wende. Von der Machbarkeit des Notwendigen, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1975.

neuen Agenda lauter, welche die anspruchsverwöhnte aktuelle Wählerschaft zusammenzucken lässt. Ebenso wenig kann sie auf große Zustimmung bauen, wenn sie – umgekehrt – ihr Heil in der Verhinderung einer großen Sozialreform suchen würde, die auch vor Leistungskürzungen nicht haltmache. Albrecht von Lucke erläutert das Dilemma: „Das Problem liegt darin, dass die Partei für Reformen einerseits zu schwach ist, um sich den Ruf einer Reformpartei *vor* der Union zu erwerben. Aber ebenso ist sie für den Gestus, auf Grundsatzforderungen zu beharren, gegenüber der Partei Die Linke zu schwach, weil sie in einer Großen Koalition nicht radikal genug sein kann. Bittere Konsequenz: Das nächste Wahlkampfduell auf Augenhöhe findet vermutlich zwischen CDU und AfD statt.“⁸

Strukturkonservative Bastion

Der sozialdemokratische Vordenker Erhard Eppler (1926–2019) hat vor über fünfzig Jahren bei seinem ersten Ausflug in die Umweltpolitik das Gegensatzpaar wertkonservativ *versus* strukturkonservativ entwickelt.⁹ Er wollte damit seine Partei auf den sozialökologischen Pfad der im Auftrag des *Club of Rome* verfassten Meadows-Studie *Die Grenzen des Wachstums* (1972) führen. Für den damaligen Vorsitzenden der SPD-Grundwertekommission war der Strukturkonservative ein unbeirrbarer Wachstums- und Fortschrittsgläubiger aus der neoliberalen Ecke.

Doch heute gelten als Strukturkonservative eher Sozialdemokraten in der Wagenburg der sozialen Errungenschaften, die in Zeiten eines stagnierenden Wachstums immer mehr auf den Prüfstand geraten sind. Auf der langjährigen Suche nach ihrem Selbstverständnis und Daseinszweck scheint die Partei mittlerweile in eine Falle geraten zu sein. Im Streit um das in Verruf geratene „Bürgergeld“ droht die Partei ihres letzten Markenzeichens, des der sozialen Gerechtigkeit, verlustig zu gehen, obwohl dieser Wert in der Bevölkerung unverändert hoch im Kurs steht. Gerade im Facharbeitermilieu entstand der fatale Eindruck, dass die SPD mit dem „Bürgergeld“ nicht nur denen helfen wollte, die sich nicht helfen können, sondern auch denen, die diese Hilfe nicht nötig haben. Dabei war das Vertrauen in die Fähigkeit des Einzelnen nie nur eine liberale, sondern auch eine soziale Idee; die Emanzipation des Arbeiters sollte nicht in einem Versorgungsstaat enden.

Hinzu kam, dass die Partei – im Verein mit den Grünen und den Linken – das Problem der kulturellen Integration in der Migrationspolitik nicht ernst genug nahm und sich an kulturkämpferischen Kampagnen beteiligte, Stichwort: Wokeness, durch die sich die ihr verbliebenen Wähler aus der Arbeitnehmerschaft eher abgestoßen als angezogen fühlten.

In der Existenznot wird nunmehr ein schrullig anmutender Traditionalismus angeleiert – „Bullshit“ oder „Abrissbirne“ lauten die Schlagworte –, um den Sozialstaat gegen den unterstellten Feldzug seiner als neoliberal und/oder disruptiv gebrandmarkten Kritiker zu verteidigen. Für den Publizisten Christoph Schwennicke ist das alles überhöhende Verständnis von Sozialstaat längst zum „Hauptzweck von Staat, Demokratie und Politik“ emporgewachsen, über seinen unstrittigen Verfassungsrang hinaus, aber ohne dass die Grenzen seiner Finanzierbarkeit in Krisenzeiten ernsthaft geprüft werden sollen: „Er ist einfach da, der Sozialstaat. Wie der Geldautomat in der Bankfiliale. Karte rein, Geheimnummer und Betrag eingeben, dann blättert die Maschine die Scheine in den Geldschacht.“¹⁰

Volker Resing resümiert ernüchert: „Wenn man SPD-Mitglieder fragt, warum sie der Partei beigetreten sind, dann sagt ein Drittel von den ganz Alten – wegen Willy Brandt, ein weiteres Drittel von den auch schon Älteren – wegen des imponierenden Aufstiegs des subproletarischen Arbeiterkindes Gerhard Schröder. Und die Jüngeren sagen: wegen des Kampfes gegen Rechts. Stichwort: Antifa. Damit lässt sich aber das Credo einer Partei nicht mehr aufrechterhalten.“¹¹

3 × SPD

Wenn nicht alles täuscht, existieren momentan drei SPD'en – *erstens* die von Lars Klingbeil, der sich in seiner sperrigen Partei mühsam an einer Zeitenwende in der Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik versucht, denn seine Partei trage „so manches Mantra vor sich her“. Der Status quo sei aber ihr Gegner, bekundet Klingbeil vollmundig.

Zweitens macht sich unter Bärbel Bas die alte Traditions-SPD wieder mausig, mit reichlich Kohlenpott-Folklore, Klassenkampfparolen nebst üblicher Intellektuellenschelten. „Die Erneuerung des Sozialstaats ist kein Kürzungsprojekt“, legt sich die Arbeitsministerin in der Debatte um eine Strukturreform frühzeitig fest.¹² Der Bürger möge stattdessen „einfacher, transparenter, digitaler, schneller“¹³ zu staatlichen Transferleistungen gelangen. „Der Geldautomat“ soll lediglich „benutzerfreundlicher“¹⁴ gestaltet werden, spottet Christoph Schwennicke darüber.

Außerdem tut sich in der Bundestagsfraktion eine Art *dritte* linksorientierte SPD auf. Dort werden Hoffnungen auf ein linkes Dreierbündnis mit Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke gehegt. In anderen Zirkeln kursieren sogar selbstmörderisch anmutende Empfehlungen, die Partei müsse hinter Godesberg zurück – soll das heißen: hinter ihr Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft und Westintegration?

Das sozialdemokratische Zeitalter wurde bereits Anfang der 1980er-Jahre vom liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf für beendet

10 Christoph Schwennicke: „Die wahre Abrissbirne heißt Bärbel Bas“, in: t-online, 12.02.2026.

11 Volker Resing, a. a. O., siehe Rn. 7.

12 Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 08.02.2026, Zwischenbilanz der SPD-Sozialstaatskommission, www.politico.eu/wp-content/uploads/2026/02/08/Beschluss-PV-08.02.2026-Zwischenbilanz-SPD-Sozialstaatskommission.pdf [letzter Zugriff: 02.03.2026].

13 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2026.

14 Christoph Schwennicke, a. a. O., siehe Rn. 10.

15 Wolfgang Schroeder im Gespräch mit dem Autor, November 2024.

16 Volker Resing, a. a. O., siehe Rn. 7.

erklärt. Eine weitere epochale Entfaltungsmöglichkeit war für ihn kaum mehr in Sicht. Das Empfinden, sie werde dringend benötigt, will sich selbst unter ihr wohlwollend Gesinnten nicht mehr ernsthaft einstellen, auch wenn die Alarmsirenen aus dem Willy-Brandt-Haus uns ein Ende des Sozialstaats, einen neuen Faschismus oder einen Marsch in den Belizismus einzubläuen versuchen. Intellektuell weitgehend entkernt, hat die Sozialdemokratie in Zeiten revolutionärer Veränderungen über das Dogma eines „vorsorgenden Sozialstaats“ hinweg keinen alternativen Weltentwurf anzubieten.

Gegenüber dem Versuch, sich mit einem neuen Programm 2027 Klärung über Standort, Identität und Daseinszweck zu verschaffen, hat der Parteienforscher Wolfgang Schroeder, lange Zeit Mitglied in der Grundwertekommission der SPD, schon während der Ampeljahre Skepsis angemeldet: „Für Grundsatzdebatten interessiert man sich nicht mehr in der SPD. Es gibt keinen Bedarf danach.“¹⁵

Was also will uns die in Richtungskämpfen so wundgescheuerte Partei mit einem neuen Programm signalisieren? Speerspitze in Zeiten von Fortschritt der Künstlichen Intelligenz und einer neu entstehenden Weltordnung zu sein – das wäre wohl zu viel verlangt! – oder bloß als mutige Bedenkenträgerin gegen eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung auf der Stelle zu treten: Das würde die Anstrengung nicht lohnen. Notwendig wäre ein leidenschaftlicher Modernisierungsimpuls, der sich auf eine neu organisierte soziale Sicherheit konzentriert und dem Wegfall klassischer Arbeitsstrukturen Rechnung trägt. Aber ist diese SPD überhaupt noch in der Lage, mit progressiver Selbstdarstellung zu punkten? Hinzu kam, dass bei der „Hammer-Wahl“ (Karl-Rudolf Korte) von Rheinland-Pfalz eine alte Regel ihre Gültigkeit zu verlieren schien: dass die Partei mit populären Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern zu guter Letzt einen negativen Umfragetrend zu kippen versteht. Doch was in Brandenburg 2025 mit Dietmar Woidke noch gelang, missglückte jäh in Rheinland-Pfalz.

Auch wenn die SPD gleichzeitig auf quasi heimischem Terrain bei der Münchner OB-Wahl eine historische Schlappe einstecken musste, rät Volker Resing weiterhin zu praktischen Neuanfängen an der kommunalen Basis: „Dort ist der Realismus, dort ist die Erfahrung, wo ein Sozialstaat zu groß geworden ist, zu ausufernd, zu kompliziert. Kommunalpolitiker klagen darüber, dass im sozialen Bereich vieles nicht mehr finanzierbar ist und die Leute auch nicht mehr verstehen, zum Beispiel auf dem Feld der sogenannten Einzelfallgerechtigkeit. Eine Renaissance muss aus den Kommunen kommen.“¹⁶

Lars Klingbeil hat nunmehr tiefgreifende Strukturreformen angekündigt, vor allem im Gesundheitsbereich und beim Bürokratieabbau. Die Menschen seien bereit, Opfer zu bringen.